

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal.
Bezugs-Preis:
Bieteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mt. Ostereich 13 Kr. 24 Heller, Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Gt. 50 Gts.
Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband. Sendung 20 Mt. für das Bieteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei Aug. Siegle 39 Bime Street E.C. und Coswile & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegramm-Adresse: **Börsekrone.**

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Expeditoren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Beziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungstafeln mit Zeilanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Inseritions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
— Restamtzeit 1 Mt.
Fernsprecher: **Ant. I, Nr. 243.**

Dom Tage.

Die ungarische Delegation nahm gestern das Budget des Kriegsministeriums samt den außerordentlichen Krediten sowie das Marinebudget an.

Baron Mehendorff hat das Amt des Vizepräsidenten der russischen Duma niedergelegt.

Die Brüsseler Zusatzakte und das Protokoll über den Beitritt Australiens zur Brüsseler Zuckerkonvention wurden gestern von der deutschen Regierung ratifiziert.

Gestern schlossen sich die deutschen und englischen Schiffahrtsgesellschaften, die am Verkehr zwischen Nordamerika und Brasilien beteiligt sind, zu einer Interessengemeinschaft zusammen.

Zur Frage des kommunalen Oktrois.

Wieder einmal ist dem Reichstage eine Petition zugegangen, die gegen den § 13 des Zolltarifgesetzes vom 31. Dezember 1902 Front macht, ihn aufgehoben wissen und damit den Kommunen das Recht zurückgeben will, auch noch über das Jahr 1909 hinaus Gemeindefeuern auf Lebensmittel zu erheben. Die Eingabe rührt, wie alle gleichartigen früheren, von den Magistraten einer Anzahl größerer Städte her, Dresden an der Spitze, die sich zu dem Beschlusse zusammengelassen haben. Motiviert ist die Eingabe in derselben Weise, mit denselben Gründen, wie alle vorangegangenen; d. h. das Verlangen, nach wie vor Lebensmittel, insbesondere Fleisch, zu Gunsten des Stadtbürgers zu beschonern, trägt sich wiederum auf die beschonerten, für verschwiebentliche unter den beteiligten Gemeinden ja wohl auch wirklich vorhandenen Schwierigkeiten, für den Wegfall an Aufkommen aus dem Oktroi Ersatz zu schaffen.

Ebade um die Mühle, die die petitionierenden Orte sich gegeben haben, den Reichstag von der Notwendigkeit einer Wiederaufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes zu überzeugen. Daß die Mühle von irgend einem Erfolg sein könne, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Der einige Erfolgs, auf den die Petenten mit Sicherheit rechnen dürfen, wird sein: Hohn und Spott von seiten aller Getreide- und Fleischhändler im Reich, die eheben und zumal im Jahre 1902, als die letzte große schutzdöllnerische Aktion stattfand, grade mit dem Wohlstande der Städte und besonders der Großstädter so lebhaft zu kämpfen geholt hatten. Auch schon in der Zwischenszeit seit Ende 1902 hat es ja an solchem Spott und Hohn niemals gefehlt, wenn — und dazartige Gelegenheiten bieten sich ja öfters — hier und da von großstädtischen Magistraten und Gemeindevorständen Anträge auf eine beschleunigte Beilegung besagter Oktrois abgelehnt wurden. Man braucht da nur an Breslau zu denken und an die häßliche Genugtuung, mit der noch im vorigen Sommer das dortige Behalten auf dem Oktroi von der gesamten hochschulmännlichen Presse aufgenommen wurde.

Ein preussischer Minister des Innern, Herr von Hammerstein, hat zwar einmal — am 2. April 1903 — erklärt: „an ihm solle es nicht fehlen, wenn es möglich werde, darauf hinzuwirken, daß der betr. Beschluß des Reichstages (gegen Ende 1902 betr. § 13 des Zolltarifgesetzes) nicht zur Ausführung komme.“ Aber Herr von Hammerstein ist nicht mehr, und ob heute noch ein Minister des Innern oder gar das ganze preussische Staatsministerium ebenso denkt, wie er damals, das ist doch mehr als fraglich. Außerdem steht das entscheidende Wort beim Reichstage, und ob sich in diesem eine Mehrheit finden würde, um den § 13 rasch

nach kurz vor seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1910 zu beilegen, das ist er recht fraglich. Zentrum und Sozialdemokraten werden jedenfalls ihr ganzes Gewicht in entgegengelegtem Sinne in die Waagschale werfen. Und von den Freisinnigen etwa zu erwarten, daß sie anders handeln würden, das hieße, ihnen eine Verleugung ihrer eigenen so und so oft proklamierten Grundsätze unterstellen. Ja selbst den konservativen darf man nicht in ihrer Gesamtheit zutrauen, daß sie zu der Wiederaufhebung des § 13 Ja und Amen sagen würden.

Mit dem Hinweis in der Eingabe der Magistrats auf die finanziellen Bedrängnisse der ihrer Verwaltung unterstehenden Städte ist es überdies eine eigene Sache. Erstens einmal haben einzelne Gemeinden, in denen Ende 1902 Oktrois bestanden, sich jenen Schwierigkeiten zum Trotz doch bereits dazu herbeigelassen, die Oktrois abzuschaffen und auf andere Weise Dedung für den Ausfall zu beschaffen. Und konnten sie dies, so wird ein solches Können ja wohl auch von den beteiligten übrigen Gemeinden vorausgesetzt werden dürfen. Und diejenigen Gemeinden, die mit einem solchen Schritte gesögert haben, werden sich vorfallen müssen, daß sie zum Ende 1902 bis in die Gegenwart volle fünf Jahre, bis zum Januar 1910 sogar volle sieben Jahre Zeit hatten, sich mit ihren Finanzen entsprechend einzurichten. Sieben Jahre sind ja doch gewiss für einen solchen Zweck eine hinreichend lange Zeit. Und die Gemeinden, die es verabsäumten, diese lange Spanne Zeit auszunutzen, werden, wenn sie wirklich am 1. Januar des Jahres 1910 in einige finanzielle Berlegenheiten kommen sollten, nicht anderen, sondern nur sich selbst Vorwürfe zu machen haben.

Dazu kommt noch ein Moment, das, wie man wohl mit Fug und Recht mutmaßen darf, es gerade den Städten mit Oktroi erleichtern dürfte, sich dieser Steuerquelle zu entledigen. Nachdrücken zufolge, die glaubwürdig sind, ist es nicht nur mehr eine ihrer Durchföhrung mehr oder weniger fern: Mochit der preussischen und der Reichsregierung, endlich mit dem kommunal-Steuerprivilegien der Beamten ein Ende zu machen, vielmehr ist ein Aufhören dieser Privilegien gerade jetzt in naher Sicht. Im Zusammenhange mit den geplanten Verbesserungen der Beamten-Befoldungen soll mit diesen Privilegien aufgegeben werden. In Preußen soll ein einschlägiger Gegenentwurf bereits ausgearbeitet sein, und da in solchen Dingen Reich und Preußen Hand in Hand zu gehen pflegen, so kann die Ausgawendung auf das Reich ebenfalls nicht mehr lange ausbleiben.

Die Vorteile, die den Kommunen daraus erwachsen — richtigter wäre es freilich, von dem endlichen Wegfall bisheriger ungerechtfertigter Nachteile zu sprechen — liegen auf der Hand. Ein großer Teil finanzieller Schwierigkeiten muß wegfallen, wenn die Gemeinden nimmehr in die Lage geraten, sämtliche Beamten steuerlich mit den übrigen Bürgern gleich zu behandeln. Unter diesen Umständen wird es ganz zweifellos auch den Gemeinden, die bisher auf Oktrois noch nicht verzichtet zu können glauben, wesentlich leichter gemacht werden, einen solchen Verzicht auszusprechen. Es ist nicht zu zweifeln, daß dieser Meinung auch der Reichstag in seiner großen Mehrheit sein wird.

Telegramme.

Wien, 14. Februar. (C. T. G.) Das k. k. Korrespondenz-Bureau meldet: Die Mitteilung der Nowoje Wremia, wonach Kaiserreich-Ungarn sich bei der Horte in das ausschließliche Recht auf alle Konzeptionen in den Wilajets Kossowo und Saloniki bewerbe, ist vollständig erdumbar, und von der Agitation der russischen Presse gegen Österreich-Ungarn neue Nahrung zuföhren.

Das von Pariser „Temps“ erwähnte Projekt einer Donau-Abriabahn, das Rußland eine Kompensation für die kosnischen Bahnabschliffe

bielen solle, könnte in Wien nur mit Sympathie begrüßt werden, da man hier auf dem Standpunkt steht, daß eine Vermeerung der Bahnverbindungen in der Türkei nicht nur unserer wirtschaftlichen Expansion zugute kommen, sondern auch zur Verhütung und friedlichen Entwidlung der mazedonischen Bevölkerung beitragen würde. Zunächst ist dies aber eine Angelegenheit, die Serbien mit der Türkei auszutragen haben wird.

Paris, 14. Februar. (C. T. G.) [Melbung der Agence Havas.] Aus dem französischen Lager bei der Kasbah der Abd Said kommt die Meldung, daß sich dort bei dem General d'Amade der französische Schriftsteller Foulet mit Vorschlägen von Mulay Hafid, bei dem Houel vier Monate zuarachte, eingehunden hat. Mulay Hafid will die den Schanias unterlegte Ruhe beschaffen, dagegen sollen die Franzosen sich zurückziehen und sich zwischen Hafid und Abdul His neutral verhalten. d'Amade erklärte sich für nicht zuständig, da er nicht die Grenzen seiner auf militärischem Gebiete liegenden Aufgabe überschreiten dürfte. Houel verzichtete hierauf auf eine Rückkehr zu Hafid und schickte seine maroffanischen Begleiter allein zurück. Die Houel mittel, schieben die Soldaten Hafids nur aus Fanatismus tren; die Maroffaner sähen das Gefecht am 2. Februar als eine wirkliche Niederlage für sich selbst an, bei der die übrigen buchstäblich niedergemetelt worden seien.

Paris, 14. Februar. (C. T. G.) Admiral Wittiberti telegraphiert, daß nach einem Bericht des Kommandanten von Mazagan der Refle des Kaib Ghaoui in Azemur mit 500 Mann und 600 Infanteristen des Duffelkastammes einzog, gleichwohl aber die Lage in Mazagan ruhig ist.

Paris, 14. Februar. (C. T. G.) Aus Fez wird vom 9. Februar gemeldet, daß El Mittani einer Versammlung von fünfzehnten Personen erklärte, daß El Merani, der dem Sultan Mulay Hafid Geld und Pferde beweiagere und Mittanis Autorität nicht anerkenn, die Herrschaft des Sultans Abdul His wiederherstellen wolle. Die Versammlung beschloß hierauf, nach Ablauf eines Ultimatums mit fünfzigstägiger Frist alle Häuser der Beamten des Nachen zu plündern, die Europäer bis zur Klärung von Abdissah als Geiseln festzuhalten und den Nachen der unter europäischem Schutz stehenden Maroffaner mit Beschlag zu legen. Parteigänger El Mittanis machen eifrig für ihn Stimmung. Gegen Mittani und seine Forderungen sprach im Palast des Nachen El Merani zu den Stadthaltern; diese waren ausg gegen Mittani, der gefälschte Briefe Mulay Hafids vorgezeigt habe. Als darauf Merani mit der Erklärung hervortrat, man müsse sich unverzüglich mit Abdul His vereinigen, bezeugten einige Stadthalter ihre Unzufriedenheit, andere verhielten sich abwartend. An El Mittani ging die Antwort, daß das Geld und die Pferde zur Verleistung von Fez in der Stadt bleiben müßten. Die Europäer und die unter ihrem Schutze stehenden Eingeborenen sollten in Freiheit bleiben. El Mittani soll durch diese Antwort nicht zufrieden gestellt sein.

Madrid, 14. Februar. (C. T. G.) Aus Melilla wird telegraphisch gemeldet, daß unter den Eingeborenen der Umgebung lebhafter Erregung herrsche.

Petersburg, 14. Februar. (C. T. G.) In der heutigen Sitzung der Duma teilte der Präsident Schomjakow mit, daß Baron Mehendorff das Amt des Vizepräsidenten niedergelegt habe.

Konstantinopel, 14. Februar. (C. T. G.) Die Zeitung „Idam“ meldet: Ein Grade des Sultans verfügt die Schiffarmachung der Klisse Scharun und Djihar sowie die Trockenlegung von Sümpfen und die Herstellung von Veräfferungsanlagen im Wilajet Adana. — Die Zeitung „Sabah“ meldet: Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat Automobile für den Verkehr zwischen Wagad und Basra bestellt.

Peking, 14. Februar. (C. T. G.) [Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.] Infolge der durch die Preissteigerung des Silbers hervorgerufenen Preissteigerung der Lebensmittel in Peking erfolgte heute ein Erlaß des Kaisers von China an das Finanzministerium, durch den befohlen wird, 500 000 Kan zu aligieren und Maßregeln zu ergreifen, um der Verödigung der Residenz zu Hülfe zu kommen. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)